

**DIE PHASEN DES BALTISCHEN UNABHÄNGIG-
KEITSKAMPFES
1985-1991**

Die Vorgänge im Baltikum in der Ära Gorbatschows werden heute unterschiedlich bewertet. Manche Beobachter stellen das Aufbegehren der Balten ausschließlich als Teil der Zerfallerscheinungen des Sowjetimperiums dar, dessen Ende mit der mißlungenen Liberalisierung durch Gorbatschow eingeleitet wurde. Den Kräften im Baltikum wird hierbei eher eine zweit-rangige Bedeutung zugemessen, weil im Zentrum des Geschehens die Ereignisse in Moskau stehen. Der Unabhängigkeitskampf der Balten erscheint dabei als Separationsbestrebung von unbotmäßigen Republiken gegen die rechtmäßige Zentralmacht. Besonders in der Journalistik geistert noch immer das Schlagwort von der "singenden Revolution", das in der frühen Phase der Volksfrontbewegungen von den Balten selbst geprägt wurde, herum. Doch ist der Begriff einer Revolution hier insoweit falsch, als sich im Baltikum die Stoßrichtung gegen eine äußere Macht richtete, die auch nach fünfzig Jahren Herrschaft fremd geblieben war. Darüberhinaus fehlte dem „Baltischen Weg“ weitgehend die soziale Komponente, die normalerweise zum Ausbruch einer Revolution führt. Im Baltikum fand nicht einmal ein Wechsel der Führungselite statt, mit Ausnahme der wenigen moskautreuen Kommunisten.

Die Situation im Baltikum verleitete manche Beobachter, von einer Entkolonisierung zu sprechen. Doch waren die baltischen Republiken insoweit keine typischen Kolonien, als sie vollständig in den Sowjetstaat eingegliedert waren und keinen besonderen Status innehatten.

Im Baltikum selbst, aber auch in der Emigration, werden heute die damaligen Ereignisse ausschließlich unter dem nationalen Aspekt als Fortsetzung des nationalen Kampfes seit dem neunzehnten Jahrhundert gesehen. Für die Balten ist das Aufbegehren beim Zerfall des Sowjetimperiums ein Teil des Freiheitskampfes um ihre Eigenstaatlichkeit. Viele Gründe sprechen für diese Sichtweise: die gewaltsame Besetzung von 1940, die jahrzehntelange Unterdrückung der nationalen Äusserungen, der latente nationale Widerstand usw. Auch die frühzeitige Festlegung der Volksfronten auf die Erlangung der Unabhängigkeit rechtfertigt die Aussage, daß der entscheidende Impuls zum Aufbruch im Baltikum die nationale Unzufriedenheit war. Nur in der ersten Phase bis zum Sommer 1988 spielten noch andere, von Gorbatschow vorgegebene Motive eine gewisse Rolle, die bekannten Glasnost und Perestroika. Doch auch schon damals dienten diese Schlagworte eher der Erlangung von mehr Autonomie für die eigenen Republiken als einer Modernisierung und Stärkung des Sowjetstaates.

Genau wie die Bewertung der baltischen Ereignisse ist auch ihre Einteilung in Phasen problematisch. Die Volksfronten und andere Gruppierungen bevorzugten im Gesamtablauf verschiedene Formen und Inhalte des Kampfes. Unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Republiken erschweren die Einteilung in bestimmte Etappen. So kam es in Estland und Lettland zur Entstehung von Bürgerkomitees, die in Litauen keine Rolle spielten. Litauen erklärte schon im März 1990 seine volle Unabhängigkeit, als die beiden anderen Republiken sie noch als Endziel angaben. Dennoch überwiegen Gemeinsamkeiten und Parallelen, die uns erlauben, die damaligen Ereignisse in drei Phasen des Kampfes einzuordnen.

1. Die Phase der Suche nach Identität und Einheit ab 1985 bis April 1988

Die erste Phase von der Machtübernahme Gorbatschows bis zur Entstehung der Volksfronten im Frühjahr 1988 ist noch wenig untersucht worden. In dieser Zeit fanden wichtige, immer mehr auch in der Öffentlichkeit vernehmbare Selbstfindungsprozesse statt. Noch verhinderte die Zensur kritische Aussagen. Sie konnten jedoch ab Mitte 1987 in abgeschwächter Form in einigen Kulturzeitschriften erscheinen. Es waren Ansätze von Kritik an der Wirtschaft und an der geschichtlichen Darstellung. Diese Mißstände wurden schon seit Jahren in Kreisen von Freunden und Gleichgesinnten diskutiert. Seit den sechziger Jahren bestanden oppositionelle Zirkel wie die Helsinkigruppen oder die katholische Untergrundpresse in Litauen. Erst heute wird allmählich die damalige Vielfalt an Diskussionen und der Einfluß der Exil- und Dissidentenliteratur deutlich.

Die ersten Ansätze der öffentlich vorgebrachten Kritik bedienten sich noch eine Weile der sozialistischen Argumentationslinie und Sprache. Nur ganz wenige Dissidenten wagten die nationale Unterdrückung auszusprechen, obwohl sie allen Balten bewußt war. Die bereits unter sowjetischer Macht aufgewachsene Führungsschicht der Balten verhielt sich bei den ersten Anzeichen der Liberalisierungskampagne Gorbatschows recht reserviert. Zu frisch waren noch die Erinnerungen an die gescheiterten Hoffnungen der Tauwetterperiode und die nachfolgende Erstarrung unter der Herrschaft von Chruschchow und Breschnew.

Die ersten Solidarisierungsprozesse unter der baltischen Bevölkerung lösten ökologische Probleme aus. 1987 wagten einige Schriftsteller und Journalisten Industrieprojekte zu kritisieren, die eindeutig gegen Naturschutz verstießen und ganze Regionen

bedrohten. In Estland wurde gegen Phosphoritabbau protestiert, in Lettland gegen den Bau des Stausees an der Düna, in Litauen gegen Ölgewinnung am Kurischen Haff. Sie riefen einen Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit hervor, der die zuständigen Republikministerien zwang, in Moskau auf Verzicht dieser gigantischen Projekte zu drängen. Zum ersten Mal wurden hierbei Aussagen über die Willkür der Zentralministerien und über die Gefahren für das nationale Überleben in der Folge dieser Projekte laut, die mit einer noch größeren Industrialisierung und Zuwanderung durch Nichtbalten in Verbindung gebracht wurden. In der Folge dieser Proteste entstanden in fast allen größeren baltischen Städten aktive Umweltgruppen, die einen weiteren Denkprozeß in Gang setzten. Unmut über die Machtlosigkeit und das Desinteresse der eigenen Republikführungen breitete sich aus. Im Herbst 1987 forderten Studenten in Tartu die Absetzung des Parteisekretärs der Estnischen Kommunistischen Partei. Wirtschaftsfachleute stellten Pläne zu einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Republiken auf, allerdings noch als "eigenständige Rechnungsführung" verschlüsselt. Um die Jahreswende 1987/88 gährte es auch in den direkt der KPdSU unterstellten Kommunistischen Parteien der baltischen Republiken. Immer mehr reformwillige Spitzenfunktionäre nutzten den von Gorbatschow vorgegebenen Spielraum und die entstandene Unsicherheit bei der alten Führungsgarde der baltischen KPs. Sie fingen an, auf notwendige Reformen zu drängen. Bald entstanden in der Partei die ersten Seilschaften von Reformkommunisten.

Daneben fanden die ersten zaghaften Demonstrationen unter nationalen Losungen statt, so zum Beispiel am 14. Juni 1987 in Riga zur Erinnerung an die Deportation von 1941 oder am 23. August 1987 in Vilnius zum Gedenken an den Hitler-Stalin-Pakt. Die verunsicherten Sicherheitskräfte griffen nicht ein.

Damit schwand auch die bislang alles lähmende Angst vor Verfolgungen.

Die von Moskau angeregte Ausarbeitung neuer Republikverfassungen führte im Frühjahr 1988 zur Entstehung zweier Flügel von Konservativen und Reformern innerhalb der baltischen KPs. Zum konservativen Flügel gehörten die meisten russischen und russifizierten baltischen Parteimitglieder, die bislang besonders in Lettland und Estland dominierten. Die Reformer waren zu meist Balten der mittleren Generation, die der Partei aus opportunistischen Überlegungen beigetreten waren. Noch konnten die Reformer die Oberhand innerhalb der Partei nicht gewinnen. Das zwang sie, Wirkungsmöglichkeiten neben der Partei zu suchen und in die Öffentlichkeit zu gehen. Unter ihrer Führung entstanden im April bis Juni 1988 in allen drei baltischen Republiken die Volksfrontbewegungen.

2. Die Phase des Kampfes um die Macht in den Republiken zwischen den Volksfronten und den KPs vom April 1988 bis Februar/März 1990

Die Idee der Unterstützung von Glasnost und Perestroika durch das Volk entsprach den Vorstellungen Gorbatschows, der die erstarrte Partei mit der Hilfe der Öffentlichkeit reformieren wollte. Das Volk sollte ihm bei seinem Kampf gegen den rechten Flügel der Apparitschiki beistehen. Besonders die Führungsriege der baltischen KPs gehörte noch der alten Garde breschnewscher Prägung an. Sie setzte alles daran, Reformen zu umgehen oder wenigstens das Tempo der Reformen zu verlangsamen. So wurden die baltischen Reformer gezwungen, Partner außerhalb der Parteistruktur zu suchen. Als solche kamen vorrangig die von den Balten beherrschten Kulturverbände und wissenschaftlichen Einrichtungen in Frage. Im Zuge der Diskussion um die neuen Republikverfassungen wurden Versamm-

lungen der Kulturverbände einberufen, in deren Verlauf zum ersten Mal sehr klare Vorstellungen von Reformen sichtbar wurden. Die Teilnehmer erkannten ihre Fähigkeiten und stellten fest, daß sie als Einheit etwas bewegen konnten. Ihre Resolutionen fanden sehr schnell Zustimmung in allen Schichten der baltischen Völker. Zur Verwirklichung der Beschlüsse gründete man sehr spontan eine von Gorbatschow angeregte Organisationsform der Volksfronten, in Litauen "Bewegung" (sajūdis) genannt, am 13 April 1988 in Estland, am 2. Juni in Lettland und am 3. Juni in Litauen. Provisorische Vorstände und Initiativgruppen bereiteten bis zum Herbst großangelegte Gründungskongresse vor. Überall entstanden Unterstützungsgruppen der Volksfronten, denen sich breite Kreise der Bevölkerung anschlossen.

Die ersten Aufrufe der Volksfronten beinhalteten Forderungen nach Souveränität und wirtschaftlicher Autonomie der Republiken, Einführung eigener Staatsangehörigkeit und Informationsfreiheit. Das waren Leitsätze von sprengender Kraft, wenn sie auch noch im Sinne des "leninistischen Prinzips" verfaßt waren und von einer sozialistischen Gesellschaft ausgingen. Man war der festen Überzeugung, daß die Verwirklichung dieser Forderungen innerhalb der angeregten Perestroika möglich war. Umso schärfer wurden die reformunwilligen Republikführungen angegriffen. Der baltische Partei- und Regierungsapparat wehrte sich zuerst gegen die von der Parteibasis und vom Volk ausgehende Kritik. Er stand jedoch von Anfang an mit dem Rücken zur Wand, denn von Moskau war in der Zeit keine Hilfe zu erwarten. Die kühn gewordenen Volksfronten verlangten Zugang zu den Massenmedien. Die ersten Massenaufrufe mußten noch halblegal gedruckt und verteilt werden, doch bald erhielten die Volksfronten Sendezeiten im Fernsehen und durften eigene Publikationen herausgeben. Die örtlichen Volksfrontzellen drängten die Ortsverwaltungen zur Transparenz ihrer Tätigkeit.

Massenkundgebungen prägten das Bild der Hauptstädte. Abgeordnete der Obersten Sowjets und Kongresse wurden angehalten, öffentliche Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen.

Im Sommer 1988 erfaßte ein wahrer Freiheitsrausch die baltischen Völker. Zum ersten Mal durften sie offen aussprechen, was ihnen fünfzig Jahre lang verboten war: die zwangsweise Eingliederung ihrer Staaten in die Sowjetunion, die Deportationen, die Folgen der gigantischen Industrialisierung und die Russifizierung. Einige nationalorientierte Gruppierungen, wie die Freiheitsliga in Litauen oder die Nationale Unabhängigkeitsbewegung in Lettland, stellten auf den Kundgebungen bereits weiterreichende Forderungen nach einem Austritt aus der Sowjetunion. Die Volksfronten lehnten jedoch zu dieser Zeit ein solches Ansinnen strikt als Utopie und schädigend für die bereits eingeleiteten Reformen ab. Doch bald fingen auch die Volksfronten an, immer mehr das sozialistische Gedankengut abzulegen. Es entbrannte eine offene Diskussion über die Möglichkeit der Souveränität innerhalb der Sowjetunion und über die Umgestaltung des Sowjetstaates zu einem Bund souveräner Staaten.

Die konservativen Parteileitungen der baltischen KPs gerieten zusehends unter Druck. Manche einflußreichen Spitzenfunktionäre befürworteten die Vorstellungen der Volksfronten und wurden bei Wahlen als Vertreter der Volksfronten aufgestellt. Die Reformer in den KPs gewannen eindeutig an Einfluß. Im Juni 1988 übernahm ein Reformler die Leitung der estnischen KP, im Oktober wurde ein Wechsel an der Spitze der lettischen und litauischen KPs fällig, als in Riga Pugo nach Moskau ging und in Vilnius der populäre Brazauskas zum Vorsitzenden gewählt wurde. Die neuen Führer bekundeten zugleich Solidarität mit den Volksfrontforderungen und leiteten wichtige Reformen ein. Estnisch, Lettisch und Litauisch wurden zu Staatssprachen erhoben, die alten nationale Symbole wieder zugelassen, alle

politischen Gefangenen bis Ende 1988 in die Freiheit entlassen. Die Kirchen und Vereine erhielten volle Wirkungsmöglichkeiten zurück.

Ab Herbst 1988 beherrschte die Diskussion über die Souveränität der Republiken das öffentliche Interesse, ausgelöst durch Gorbatschows Vorhaben, eine neue Verfassung der Sowjetunion vorzubereiten. Der Entwurf enthielt manche zentralistischen Bestrebungen und erschwerte das Ausscheiden der Republiken aus der Union. In allen drei baltischen Republiken wurden Millionen von Unterschriften gegen diese Verfassungsänderung gesammelt.

Estland, das bislang bei allen Reformen die Vorreiterrolle spielte, erklärte am 16. November 1988 die Erde, Bodenschätze usw. zum alleinigen Eigentum der Estnischen SSR und nicht der Sowjetunion. Die Gesetze der UdSSR sollten in Estland erst nach ihrer Zustimmung durch den Obersten Sowjet der Estnischen SSR Gültigkeit erlangen. Es war die erste echte Herausforderung der Balten an Gorbatschow. Er erklärte diesen Beschluß für ungültig, unternahm aber nichts weiter. Um den Esten beizustehen, versuchte auch Sajūdis in Litauen eine ähnlich lautende Erklärung im Obersten Sowjet des Landes einzubringen. Doch Gorbatschow verstand es, Brazauskas von einer Ablehnung dieses Vorhabens zu überzeugen. Dadurch jedoch verloren Brazauskas und seine KP viel von der gerade gewonnenen Popularität. In Sajūdis gewannen dagegen die radikaleren Kräfte an Boden um den zum Vorsitzenden gewählten Landsbergis, der als einziger der drei Volksfrontführer nie der Kommunistischen Partei angehört hatte.

Die Wahlen zu dem von Gorbatschow ins Leben gerufenen Kongreß der Volksdeputierten in Moskau im März 1989 brachten im Baltikum einen eindeutigen Sieg für die Kandidaten der Volksfronten. Das entfachte in den baltischen KPs die Diskussion um den weiteren Weg aufs Neue. Im August 1988 war

in Estland die Interfront als Gegenstück zur Volksfront entstanden, in der sich vor allem Nichtesten und konservative Kräfte versammelten. Sie kämpften für den Erhalt der Sowjetunion in alter Form und insgeheim für die Vorrechte der Russen. Auch in Lettland erfuhr die Interfront Zulauf. Doch weder hier noch in Estland konnten die Interfronten den Volksfronten ein ebenbürtiger Gegner werden. In Litauen fand sie wegen der geringen Zahl an Nichtlitauern wenig Anklang und blieb weitgehend wirkungslos.

Die Volksfronten vereinten fast alle politische und kulturelle Gruppierungen, darunter auch den Großteil der neu entstandenen nationalen und sozialdemokratischen Parteien. In Lettland und Estland erhielten die Volksfronten zunehmend Konkurrenz durch die Bürgerkomitees, die zur Festlegung der lettischen und estnischen Staatsangehörigkeit gegründet wurden. Als solche wurden nur die früheren Bürger und ihre Nachkommen der Republiken vor 1940 angesehen, nicht aber die Ansiedler seit 1940. Der Anteil dieser war in diesen beiden Republiken besonders groß, fast die Hälfte der Bevölkerung, darunter viele Angehörige der Armee. Die meisten Letten und Esten trugen sich in die Listen der Bürgerkomitees ein und wählten Vertreter zum Lettischen bzw. Estnischen Kongreß. Die Deputierten dieser Kongresse waren zwar mehrheitlich Mitglieder in den Volksfronten, jedoch gingen sie hier im Kongreß mit ihren Forderungen weiter und sprachen sich für den Austritt der Länder aus der Sowjetunion aus. Die Kongresse waren gar nicht in den Lettischen bzw. Estnischen Verfassungen vorgesehen und besaßen daher auch keine Kompetenzen, doch schmälerte das ihren Einfluß auf die weitere Entwicklung der Länder nicht. Nur in Litauen gab es wegen der geringen Zahl an Zugewanderten keinen Bedarf an Bürgerkomitees. Dafür erstarkte hier der rechte Flügel innerhalb von Sajudis um Landsbergis und stimmte die ganze Bewegung auf Austritt aus der Sowjetunion ein. Im

April-Mai 1989 verständigten sich alle drei Volksfronten auf dieses Endziel. Fortan diskutierte man nur noch über die Modalitäten und Möglichkeiten eines solchen Austritts. Unter dem Druck dieser Forderung stimmte der Oberste Sowjet der Litauischen SSR am 18. Mai 1989 für die Souveränität des Landes. Sie ging schon weiter als die estnische vom November 1988, denn in ihr war bereits die Wiedergewinnung der vollen Eigenstaatlichkeit als Ziel festgehalten. Lettland folgte mit einer ähnlichen Erklärung am 28. Juli 1989 nach. Da auch andere Sowjetrepubliken Souveränitätserklärungen nach dem estnischen Vorbild abgaben, bot Gorbatschow eine neue Form der Union an. Für die Balten jedoch kam dieser Vorschlag um ein Jahr zu spät. 1988 hatten sie noch selbst auf den Abschluß einer neuen Union gedrängt, doch jetzt stellte er keinen Anreiz mehr dar. Insgesamt gesehen lief Moskau seit 1989 der Entwicklung im Baltikum hinterher. Gorbatschow erklärte zwar immer wieder die Beschlüsse der baltischen Obersten Sowjets für ungültig, doch zugleich war er gezwungen, den Balten entgegenzukommen. Der Oberste Sowjet der Union beschloß daher zum 1. Januar 1990 die wirtschaftliche Selbständigkeit der baltischen Republiken. In der Praxis wollten jedoch die Zentralministerien, denen bis zu 90% der Industrie im Baltikum unterstellt war, nicht auf ihre Rechte verzichten. Daher zeigte dieses Entgegenkommen des Obersten Sowjet der Union keine Wirkung. Die baltischen Abgeordneten im Obersten Sowjet der Union und im Kongreß der Volksdeputierten arbeiteten eng zusammen. Sie konnten sogar Ende 1989 erreichen, daß eine vom Obersten Sowjet berufene Kommission den geheimen Zusatz zum Hitler-Stalin-Pakt bestätigte. Auch zu Hause sprachen die Volksfronten ihre Maßnahmen untereinander ab. Höhepunkt dieser Zusammenarbeit war der Baltische Weg vom 23. August 1989 zu Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt, als ca 1 Million Menschen eine Kette von Tallinn nach Vilnius bildeten. Die

Vorsitzenden der Volksfronten trafen öfters zusammen und gründeten am 14. Mai 1989 die Baltische Versammlung.

Ab 1989 übernahm Litauen immer mehr die Vorreiterrolle und schlug einen anderen Weg zur Erlangung der Eigenstaatlichkeit als Estland und Lettland an. Sajudis entledigte sich recht schnell des ganzen Perestroikabeiwurks und steuerte direkt auf die volle Unabhängigkeit zu, indem man den Weg durch die Institutionen wählte. Die Radikalität von Sajudis zwang die litauische KP unter Brazauskas zur größeren Betonung einer eigenständigen Politik und zu der Trennung von der KPdSU. Auf dem 20. Parteitag der KP Litauens am 20. Dezember 1989 erklärte sie ihre Verselbständigung und verzichtete zugleich auf die führende Rolle im Staat. Mit diesem Schritt erhoffte Brazauskas bessere Chancen bei den bevorstehenden Wahlen zum Obersten Sowjet Litauens. Im Januar 1990 besuchte Gorbatschow Litauen und bemühte sich, die Parteifunktionäre und das Volk von der Spaltung der KPdSU abzubringen. Er hatte jedoch keinen Erfolg. Die KP Litauens beharrte auf die Selbständigkeit. Nur eine kleine Minderheit verließ die litauische KP und bildete fortan die sogenannte Nachtpartei, die zum Instrument Moskaus wurde.

Die estnischen und lettischen KPs verblieben zwar innerhalb der KPdSU, doch aus ihrer Reihe traten die meisten Reformer aus und bildeten neue Parteien sozialdemokratischen Zuschnitts. Nach dem Verzicht der führenden Rolle der KP auch in Lettland und Estland mußte sie mit den neu gegründeten Parteien konkurrieren. Diese waren noch schwach, doch sie traten größtenteils innerhalb des Volksfront gemeinsam auf. Überlegungen, für die Volksfronten einen Parteistatus zu beantragen, wurden laut, doch nach heftigen Diskussionen entschieden sich ihre Mitglieder, die Volksfronten weiterhin als reine Aktionsplattformen zu belassen. Dieser geballten Kraft gelang es bei den Wahlen zu

den Obersten Sowjets der Republiken im Februar-März 1990 deutliche Siege zu erringen.

3. Die Phase des Kampfes um den Ausstieg aus der Sowjetunion vom Februar/März 1990 bis zum Augustputsch 1991

Diese dritte Phase führte die baltischen Republiken in die Unabhängigkeit und leitete den endgültigen Zerfall der Sowjetunion ein. Sajudis versprach vor den Wahlen, im Falle ihres Sieges Litauen in die Unabhängigkeit zu führen. Ihr Versprechen löste sie gleich in der ersten Sitzung des neuen Obersten Sowjets, der sich zum Obersten Rat umbenannte, ein. Der Oberste Rat rief die einseitige Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit aus und setzte die wesentlichsten Bestimmungen der Verfassung Litauens von 1938 in Kraft. Diesen Beschluß vom 11. März 1990 trugen auch die Abgeordneten der KP Litauens mit. Zum neuen Parlamentspräsidenten, der faktisch das Amt eines Staatspräsidenten ausübte, wurde Landsbergis gewählt.

Auch Estland und Lettland folgten dem Beispiel Litauens mit ihren Erklärungen vom 20. März bzw. 4. Mai 1990. Doch sie schlugen einen anderen Modus für den Ausstieg aus der Sowjetunion ein. Für eine Übergangszeit wurden die sowjetischen Verfassungen in Kraft belassen und Moskau Verhandlungen über den Austritt angeboten. Gorbatschow erklärte alle diese Beschlüsse für verfassungswidrig und daher für ungültig. Im Falle Litauens beharrte er auf der Rücknahme der Unabhängigkeitserklärung und auf der Einhaltung der Bestimmungen der neuen Sowjetverfassung vom 3. April 1990. Danach war der Austritt nur bei einer Zweidrittelmehrheit in den Republiken und nach der Zustimmung der ganzen Bevölkerung der Sowjetunion möglich. Die baltischen Staaten lehnten jedoch diese Bestimmung mit der Begründung ab, daß sie nie freiwillig der Sowjet-

union beigetreten waren und daher in ihrem Falle die sowjetische Verfassung nicht gelten könne. Litauen zeigte sich zwar bereit, keine weiteren Gesetze über die Eigenstaatlichkeit zu erlassen, doch es lehnte ab, seinen Beschluß vom 11. März zurückzunehmen. Daraufhin verhängte Gorbatschow am 18. April eine Wirtschaftsblockade. Die Belieferung mit Öl und Gas wurde eingestellt, Zug- und LKW-Verkehr unterbunden. Die Wirtschaft Litauens brach schnell zusammen. Eine hitzige Diskussion entbrannte im Obersten Rat und in der Presse über die kompromißlose Linie von Landsbergis. Sajudis zerfiel in mehrere Fraktionen. Die Gemäßigteren aus ihren Reihen und die KP-Abgeordneten drängten auf Kompromisse. Als ihre Fürsprecherin trat immer mehr die neu ernannte Ministerpräsidentin Prunskiene auf, die Gorbatschow entgegenkommen wollte. Als auch Landsbergis einsah, daß die erhoffte Unterstützung durch den Westen ausblieb, setzte der Oberste Rat seine Beschlüsse vom 11. März für 100 Tage aus, die zu Verhandlungen mit der Sowjetunion genutzt werden sollten. Auf westlichen Druck hin akzeptierte Gorbatschow dieses Moratorium und benannte eine Verhandlungsdelegation. Doch blieben die Gespräche bereits im Vorfeld stecken, da die sowjetische Delegation nur Zeit zu gewinnen suchte und die Gespräche nicht ernst nahm. Ähnlich verliefen die Gespräche auch mit Vertretern Estlands und Lettlands. Gemeinsame Verhandlungen aller drei baltischen Staaten mit der Sowjetunion ließ Gorbatschow nicht zu. Die Politik der Nadelstiche seitens der Sowjetunion ging weiter. Parteihäuser in den baltischen Hauptstädten wurden von sowjetischen Militärs im Namen der moskautreuen Reste der KPs besetzt, in Vilnius sogar das Pressehaus, in dem die ganze Presse Litauens gedruckt wurde. Nach der Ausrufung der Eigenstaatlichkeit weigerten sich die baltischen Rekruten, ihren Dienst in der Sowjetarmee anzutreten oder zu Ende zu führen. Die Armee machte

daraufhin Jagd auf die Befehlsverweigerer. Baltische Zollstationen wurden überfallen.

Lettland und Estland vermieden mit ihrer flexibleren Politik einen Wirtschaftsboykott, doch Streiks der russischen Arbeiter, die von Interfronten dirigiert wurden, lähmten auch hier die Wirtschaft. Insgesamt erlebte die Wirtschaft im Baltikum einen Niedergang, da sie völlig von der krisengeschüttelten sowjetischen Wirtschaft abhängig war. Eingeleitete Reformen und Privatisierungsversuche blieben wegen der unklaren Situation der baltischen Staaten im Ansatz stecken. In den Parlamenten wurden ständig neue Gesetze und Bestimmungen erlassen, doch es fehlte die große Linie und auch eine Akzeptanz durch die ausführenden örtlichen Organe. Die frühere Einheit in den Volksfronten zerbrach. Fraktionen und Parteien bildeten fortan wechselnde Mehrheiten bei den Beschlüssen.

Die Krise des Parlamentarismus nutzten in Lettland und Estland die Kongresse der Bürgervertreter aus und drängten ihrerseits auf die schnelle Beendigung der Übergangszeit und auf die volle Unabhängigkeit. Unter diesem Druck setzten die Abgeordneten des estnischen Obersten Rates am 6. August die Verfassung der Estnischen SSR außer Kraft. Auch in Lettland wuchs im Herbst 1990 die Unzufriedenheit mit der Situation. Zwar konnten die neuen Regierungen im Baltikum die Verwaltung ihrer Länder übernehmen und einen Großteil der früheren Funktionäre ersetzen, doch die Armee, der KGB aber auch die Großbetriebe unterstanden weiterhin den Anweisungen aus Moskau. Somit entstand im Baltikum eine Doppelherrschaft, die zu einer Pattsituation führte. Gorbatschow wagte zwar vorläufig nicht, die Macht der baltischen Parlamente und Regierungen gewaltsam zu unterbinden, doch zeigte sich die sowjetische Armee überall präsent.

Im Herbst 1990 mehrten sich in Moskau Anzeichen für die Er-
stärkung der konservativen Kräfte, die auch auf Gorbatschow
ihren Einfluß ausübten. Das Militär wurde im Baltikum verstärkt.
Am 21. November 1990 verständigte sich der Baltische Rat, im
Falle eines möglichen Gewaltaktes durch die Sowjetunion sym-
bolischen Widerstand zu leisten. Überhaupt rückten die balti-
schen Staaten in der Not wieder mehr zusammen und unter-
nahmen größere Anstrengungen, ihre Politik zu koordinieren.
Schützenhilfe erhielten sie immer mehr durch das auf Souveräni-
tät pochende Rußland mit Jelzin an der Spitze. Sie profitierten
von der großen Auseinandersetzung zwischen Jelzin und Gorbatschow.
Am 15. August 1990 schloß Rußland ein Wirtschafts-
abkommen mit Litauen, am 14. September mit Lettland. Auch
andere Sowjetrepubliken traten immer offener den Zentralisie-
rungsversuchen aus Moskau nach der Ernennung von Gorbatschow zum Präsidenten der Sowjetunion entgegen. Aus Angst
vor dem Zerfall der Sowjetunion gab wohl auch Gorbatschow
seine Zustimmung für ein gewaltsames Vorgehen im Baltikum.
Die Krise im Nahen Osten und der bevorstehende Krieg gegen
Irak boten gute Voraussetzungen dafür, denn der Westen
brauchte dringend die Unterstützung der Sowjetunion.

Ähnlich wie im Mai 1990 in Riga und Tallinn versuchte die li-
tauische Interfront, die Edinstvo, am 7. Januar 1991 das Parla-
ment zu besetzen. Den Grund dafür lieferte die Aufhebung der
Ladenpreise durch die Regierung von Prunskiene. Nur mit Hilfe
von herbeigerufenen Sąjūdisanhängern konnten die Parlamen-
tarier mit den wenigen Wachen die Besetzung des Parlaments
verhindern. Da dieser Regierungsbeschluß auch Kritik in der
litauischen Bevölkerung ausgelöst hatte, hob der Oberste Rat
ihn eiligst auf. Daraufhin trat die Regierung unter Prunskiene
zurück.

Schon im Laufe des Jahres 1990 waren die Gegensätze in der
Politik von Landsbergis und Prunskiene immer deutlicher ge-

worden. Die ausgebrochene Regierungskrise versuchte Gorbatschow für seine Ziele auszunutzen. Am 10. Januar stellte er dem litauischen Parlament ein Ultimatum, die sowjetischen Gesetze sofort wieder einzuführen. Bereits am 11. Januar wurden mehrere Gebäude von den sowjetischen Sicherheitstruppen besetzt. In Erwartung eines Angriffs baute die Bevölkerung Barrikaden um das Parlament und um die Ministerien und bewachte sie Tag und Nacht. Als am 13. Januar die OMON-Truppen versuchten, mit Panzern den Fernsehturm in Vilnius zu besetzen, stellten sich ihnen Tausende von unbewaffneten Bürgern entgegen. Der Fernsehturm mit den Sendeanlagen konnte zwar besetzt werden, doch dabei gab es 15 Tote und einige hunderte Verletzte. Die Bilder von diesem brutalen Vorgehen gingen um die Welt und lösten auch im Westen einen Sturm der Entrüstung aus. Beeindruckt von Protesten der westlichen Mächte behauptete Gorbatschow, keinen Befehl zum Angriff erlassen zu haben und stoppte das weitere Vorgehen. Auch in Riga und Tallinn blieb in diesen Tagen die Lage gespannt. Das Militär kontrollierte die Straßen, einige Gebäude wurden besetzt, in Riga starben fünf Verteidiger beim Sturm auf das Innenministerium.

Bei diesen Januarereignissen 1991 spielten die kurz davor gegründeten Rettungskomitees der moskautreuen Kommunisten eine unrühmliche Rolle. Auch beim Putsch vom August 1991 traten sie noch einmal auf. Für das Scheitern des Vorgehens vom Januar war möglicherweise der Beistand von Jelzin mitentscheidend, der schon am 12. Januar mit den Präsidenten der baltischen Staaten die Politik von Gorbatschow im Baltikum verurteilte und sich zur Anerkennung der Souveränität ihrer Staaten verpflichtete.

Die baltischen Staaten gingen eindeutig gestärkt aus der Januar-krise hervor. Gorbatschow mußte erkennen, daß die baltische Bevölkerung bereit war, Opfer für die Unabhängigkeit zu bringen und daß der Westen nicht tatenlos zusah. Er ernannte daher

am 1. Februar Delegationen für Verhandlungen und schlug einen neuen Unionsvertrag für alle Republiken vor, dem aber nur noch neun beitraten. Bei einer eilig anberaumten Volksbefragung in Litauen sprachen sich am 9. Februar 90,4% der Gesamtbevölkerung, darunter auch viele Russen und Polen, für die volle Unabhängigkeit aus. Auch in Lettland und Estland gab es am 3. März eine deutliche Zweidrittelmehrheit für die Eigenstaatlichkeit. Dennoch blieben die Verhandlungen über die Loslösung der baltischen Staaten aus der Sowjetunion auch diesmal in Ansätzen stecken, denn der Kurs in Moskau stand ab Mai wieder auf Sturm und die reaktionären Kräfte formierten sich aufs Neue. Erst der mißglückte Putsch in Moskau im August 1991 brachte den baltischen Staaten endlich die ersehnte Freiheit. Nach der Anerkennung der Unabhängigkeit durch Rußland am 23. August gaben auch die westlichen Staaten ihre reservierte Politik auf. Auch Gorbatschow erklärte endlich am 6. September 1991 die baltischen Staaten für unabhängig.

Zweifellos erleichterten die innere Schwäche des sowjetischen Systems und die Unentschlossenheit Gorbatschows, mit militärischen Mitteln die Volksbewegung brutal zu unterdrücken, die Erlangung der Freiheit für die baltischen Staaten. Doch den Ausschlag dafür gaben der Freiheitswille der baltischen Völker, die Entschlossenheit ihrer Führer und vor allem die richtige Strategie. In der entscheidenden Phase bewährte sich die Taktik der Gewaltlosigkeit. Die Idee der nationalen Selbstbestimmung machte die Balten stark. Sie ließen sich weder von den Interfronten, noch von den selbsternannten Rettungskomitees noch von den sowjetischen Truppen provozieren. Sie verstanden sogar, einen Teil der russischen Minderheit für ihre Ziele zu gewinnen. Mit ihrem entschiedenen Engagement, zuerst für die Demokratisierung ihrer Republiken und später mit ihrer frühzeitigen Aussage über den Ausstieg aus der Sowjetunion be-

schleunigten die baltischen Länder den Zerfall des Riesenreiches. Sie ebneten den Weg für andere Republiken, darunter auch für Rußland. Die westlichen Beobachter, Politologen und Politiker verstanden lange Zeit die Besonderheit des Baltischen Weges nicht und wollten auch nicht verstehen. Aus Angst vor dem Zerfall der Sowjetunion forderten sie die Balten immer wieder auf, Gorbatschows Politik zu unterstützen, und malten dabei die Gefahr von Nationalismus im Baltikum an die Wand. Letztlich erwies sich jedoch der Baltische Weg als der richtige und trug gerade zu einer Beruhigung in dieser Zone Europas bei.

